



AKTIONSBÜNDNIS

für ein lebenswertes BERLIN-BRANDENBURG

Pressemitteilung

Kein Luft-Drehkreuz in Schönefeld!

AKTIONSBÜNDNIS RUFT ZUR GROSS-DEMO IN BERLIN AM SAMSTAG

Über 25.000 Haushalte und damit mehr als 45.000 von krank machendem Fluglärm schwerstbetroffene Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und Berlin haben einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen im Umfeld des neuen Berliner Hauptstadtflughafens „Willy Brandt“ in Schönefeld. Wenige Monate vor Eröffnung sind jedoch nur bei rund 3 bis 5% dieser Haushalte Lärmschutzvorrichtungen installiert. „Das ist ein ungeheuerlicher Skandal,“ beschwert sich der Sprecher des Aktionsbündnisses für ein lebenswertes Berlin-Brandenburg, MATTHIAS SCHUBERT. 14 Bürgerinitiativen aus Berlin und Brandenburg, die nach Bekanntgabe der bedrohlichen Flugroutenpläne für Schönefeld im September 2010 gegründet worden sind, tragen das Bündnis und kooperieren dabei eng mit dem Bündnis Südost und dem Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) e.V.. Letzterer streitet schon seit Beginn der Planungen für Schönefeld gegen diesen viel zu nah an der Stadt gebauten Flughafen.

„Am kommenden Samstag, um 14:00 Uhr, startet am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin unser großer Protestmarsch zum Gendarmenmarkt,“ ruft SCHUBERT alle Bürgerinnen und Bürger zur Solidarität mit den Schwerstbetroffenen auf. Es gebe viele Gründe, sich in den Marsch einzureihen und dort Flagge zu zeigen. Dabei sei nicht nur die Unfähigkeit des Flughafens, den vorgeschriebenen Lärmschutz zeitgenau zu erfüllen, der Skandal. Vielmehr sei in einer Sondersitzung des zuständigen Landtagsausschusses am Dienstag dieser Woche in Potsdam offenkundig geworden, dass der Flughafen auch noch das Tagschutzniveau drastisch reduzieren wolle, welches er 1999 selbst beantragt hat. Während laut Planfeststellungsbeschluss hinter geschlossenen Lärmschutzfenstern KEINE Maximalpegel über 55 Dezibel auftreten dürfen, verlange Flughafenchef Schwarz doch allen Ernstes, die Schutzvorschrift so zu seinen Gunsten aufzuweichen, dass die Menschen unter den Flugrouten in ihren Wohnungen sogar bei geschlossenen Fenstern noch täglich durchschnittlich 6 Grenzwertüberschreitungen über 55 dB(A) - d.h. 2.200 mal im Jahr -

hinnehmen sollen. „Das werden wir nicht zulassen“, erklärt SCHUBERT und fügt hinzu: „Wenn der Flughafen wegen seiner Drehkreuzambitionen den gesetzlichen Lärmschutz nicht mehr garantieren kann, muss er sich zwingend beschränken. Schönefeld ist nur als mittelgroßer Verkehrsflughafen für den regionalen Bedarf von Berlin und Brandenburg an nationalen und internationalen Verkehrsverbindungen beantragt, geplant und genehmigt worden. Wenn Schwarz und seine Eigentümer mehr wollen, müssen sie sich einen anderen Standort suchen, der das verkraften kann.“

Das gleiche gilt laut SCHUBERT beim strengen Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, das das Umweltbundesamt in seinem Gutachten fordert und für das die Bevölkerung den Weg der Volksgesetzgebung beschreitet. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Nachflugregelung in Schönefeld, dessen schriftliche Begründung jetzt vorliegt, stütze das Volksbegehren: „Eine Nachfrage nach Verkehren, für die der Flughafen nicht geplant wurde, kann die Zulassung von Nachtflugbetrieb von vornherein nicht rechtfertigen.“ (vgl. Randnummer 49 des Urteils). „Das sollten sich alle Flughafenverantwortlichen ins Stammbuch schreiben“, so ABB-Sprecher SCHUBERT, „denn als Großflughafen und als Internationales Drehkreuz, für das Nachtflüge angeblich überlebenswichtig seien, ist Schönefeld nicht geplant und nicht genehmigt worden.“ In Sperenberg oder Jüterbog-Ost wäre beides möglich gewesen.

Angesichts der sich zuspitzenden Lage sowie der Hoffnungen, die das Umweltbundesamt weckt, rechne das Aktionsbündnis am kommenden Samstag für die Groß-Demo mit vielen Tausend Teilnehmern.

”
Kleinmachnow, den 18.1.2012

V.i.S.d.P.:

Matthias Schubert, Tel.: 0151 40133961

Aktionsbündnis für ein lebenswertes Berlin-Brandenburg
c/o wegmitflugrouten@Kleinmachnow.de